



Aus dem Inhalt

Wahlmanipulation und
Untersuchungsausschüsse
--> Seite 3

Die Welt zu Gast bei
Freunden

--> Seite 5

Vive la France!!

- *Solidarität ist eine Waffe und im Westen nicht Neues* -

Die Einführung von Studiengebühren in Deutschland verlief ohne große studentische Gegenwehr. In Frankreich solidarisierten sich dagegen SchülerInnen, ArbeitnehmerInnen und Studierende, um den Kündigungsschutz zu erhalten.



Auf die Situation der streikenden Beschäftigten der Uni Göttingen reagierte der alte/neue rechte Asta nur mit einer mageren Pressemitteilung und dies auch nur auf ANTRAG der Juso-HSG im Studierendenparlament.

■ Schmerzlich vermisst

Auf der konstituierenden Sitzung des Studierendenparla-

ments am 23.02.2006 waren die Koalitionsparteien sichtlich darum bemüht, die Diskussion über die mangelhaften Studien- und Arbeitsbedingungen an der Universität herunterzureden, um schnellstmöglich die eigenen Mitglieder in die AstA-Ämter zu wählen. In Frankreich wäre so etwas derzeit unvorstellbar. Dort wurde ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen die Arbeitsmarktreform aktiv. Gewerkschaften, Schülerverbände und Studierende solidarisierten sich und begaben sich in einen gemeinsamen Kampf gegen die Pläne der konservativen Regierung. Diese sah in ihrer ursprünglichen Arbeitsmarktreform vor, dass Unternehmen, Menschen unter 26 Jahren in den ersten 2 Jahren ohne Angabe von Gründen, jederzeit kündigen dürfen sollten.

Überdies sollten die Unternehmen für 3 Jahre von der Sozialversicherungspflicht befreit werden. Für die Berufseinsteiger war im Gesetzesentwurf kein reguläres Arbeitslosengeld vorgesehen, wenn diesen innerhalb der Probezeit gekündigt

würde. In Deutschland sieht die Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag etwas ähnliches vor: Hier soll die Probezeit bei Neueinstellungen auf 2 Jahre verlängert werden. Dass der Abbau des Kündigungsschutzes keine neuen Arbeitsplätze schafft, beweisen zahlreiche empirische Beispiele.

Bedauerlicherweise sind Wirtschaft und Politik in dieser Hinsicht noch stark beratung resistent. Der Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen hat sich mit den französischen DemonstrantInnen solidarisiert - allen voran mit den Gewerkschaften und dem jungsozialistischen Verband "Mouvement des Jeunes Socialistes".

■ Gemeinsam einsam

Das gemeinsame Vorgehen der unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, die sich nicht allein auf ihr Klientel beschränkten und ihre angestammten Aufgabenfelder verließen, führte am 10.04.2006 schließlich zum Erfolg. Der französische Premierminister De Villepin zog die angedrohte Beschneidung der ArbeitnehmerInnenrechte

Fortsetzung aus Seite 2

Seite 2 ■ Vive la France!!

zurück. Voraussetzungen für einen erfolgreichen Protest oder Streik scheinen also ein gemeinsames Vorgehen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mit ähnlichem Ziel und das Übersteigen des eigenen Aufgabenbereiches / Denkhorizonts zu sein. In der Bundesrepublik Deutschland scheint sich diese Ansicht nur geringfügig durchgesetzt zu haben.

Diese Einstellung kann man auch an unserer Universität beobachten. Hochschulgruppen, die sich ausschließlich mit "Hochschulpolitik" beschäftigen wollen und Servicearbeit machen werden nie ihre hochgesteckten politischen Ziele erreichen, da der politische Gegner immer rufen kann: "Stop! Dafür seid ihr nicht zuständig." Wer sich selbst in seinen Rechten beschneidet, wird keine Studiengebühren verhindern können. Solange sich

Studierende darüber aufregen, wenn die Beschäftigten der Universität für ein paar Tage die Arbeit niederlegen, für ein paar Stunden nicht in die Bibliothek zu kommen, solange wird man auch eine Verschlechterung der Studienbedingungen - mit oder ohne Studiengebühren - hinnehmen müssen. Wenn es den Studierenden in der BRD eines Tages allerdings gelingen sollte, den Versuch zu unternehmen über ihren Tellerrand hinweg die Interessen der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, MigrantInnen oder SchülerInnen auch nur zu erkennen, dann wäre ein Anfang gemacht.

■ Beispiel nehmen!?

Positive gesellschaftliche Veränderungen, so zeigt das Beispiel Frankreich, sind durch eine Demokratie von unten möglich. Voraussetzung dafür sind allerdings die Abkehr von der deut-

schen Staatsgläubigkeit, eine umfassende Solidarität mit gesellschaftlich marginalisier-



ten Gruppen und ein Ausstieg aus der Matrix "Hochschulpolitik".

Natürlich kann man auf die streikenden Beschäftigten von verdi schimpfen, aber man sollte sich danach nicht wundern, wenn man bei den Protesten gegen Hochschulkürzungen allein dasteht.

Wahlen zu den studentischen Kollegialorganen - bleibt alles anders

Vom 17. bis 20. Januar wählten die Studierenden in den allgemeinen Uni-Wahlen ihre Vertreter in den Kollegialorganen (Senat, Fakultätsrat) und in den studentischen Organen (Fachschaft, Studierendenparlament).

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder konnte ihre Mehrheit halten und verfügt über 22 der 49 Sitze im Studierendenparlament. Das Basisdemokratische Bündnis verlor drei ihrer Sitze und kommt nunmehr nur noch sieben Parlamentarier.

Die Grüne Hochschulgruppe, ebenso wie die Juso-Hoch-

schulgruppe konnten ihre Sitze im Parlament halten und stellen nach wie vor fünf Plätze. Neben dem Ring Christlich Demokratischer Studenten mit vier Sitzen erhielt schwarz-rot-kollabs zwei Sitze, ein Sitz mehr als im Vorjahr. Zum ersten Mal in dieses Gremium wurde die Liste "Galaktisches Imperium" gewählt. Sie erhielt, ebenso wie die Liberale Hochschulgruppe einen Sitz.

■ Kein Interesse?

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wahlbeteiligung um 2% auf 38%. Das mag für den aussenstehenden Betrachter als eine

erschreckend geringe Partizipation erscheinen, ist tragischer Weise ein neuer bundesweiter Rekord bei Uni-Wahlen.

Gleichgeblieben hingegen ist die Zusammensetzung des AStAs, der nach wie vor von der ADF und dem RCDS gebildet wird. Als neuer Vorsitzender wurde André Dorenbusch gewählt, der Andreas Sorge in diesem Amt ablöst.

Mit Christian Zigenhorn leistet sich dieser neue/alte AStA bereits vor Amtsantritt einen ersten Skandal, aber dazu Näheres auf den nächsten Seiten.

Wahlmanipulation und Untersuchungsausschüsse

- Die Geschäfte des Herrn Christian Zigenhorn

Erneut gerät der ehemalige Präsident des Studierendenparlamentes und jetzige AStA-Finanzreferent Christian Zigenhorn (ADF) ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Auf der letzten StuPa-Sitzung wurde nun die Konsequenz aus den nach wie vor im Raum stehenden Vorwürfen gezogen: Die Einrichtung zweier Untersuchungsausschüsse.

■ Zum Geschehen

Der Skandal begann in der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlamentes vor drei Jahren. Der AStA wurde - wie auch heute - gestellt von der ADF (Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder) und dem RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten). Doch die Situation war angespannt, die Koalition bröckelte. Die konstituierende Sitzung musste mehrfach unterbrochen und vertagt werden. Es war der Koalition nicht einmal möglich, den eigenen Kandidaten, Gerhard Riewe, in drei Wahlgängen in das wichtigste zu besetzende Amt zu wählen: den AStA-Vorsitz. Kaum eine Personalwahl ging im ersten Wahlgang durch. Wurde ein Kandidat oder eine Kandidatin von ADF oder RCDS im dritten Wahlgang gewählt, wurde das als Erfolg verbucht. Und das, obwohl die theoretische Mehrheit der Koalition mit 25 von 49 Sitzen ja durchaus gegeben war ...

Kein Wunder also, dass die führenden Köpfe der neuen "Regierung" verärgert waren und nur allzu gerne wissen wollten, wer da aus den eigenen Reihen es wagt, Demokratieverständnis über Fraktionsdisziplin zu stellen. Die gefundene Lösung allerdings war ebenso undemokratisch wie plump: Christian Zigenhorn (ADF), dem es als StuPa-Präsidenten oblag, bei geheimen Wahlen die Stimmzettel auszuteilen, ko-

sein Wissen gewonnen habe, war natürlich nicht das cleverste aller möglichen Vorgehen. Die Konsequenzen folgten unmittelbar: Misstrauensvotum und Abwahl!

■ Ruhe...

Der neue AStA hatte also keine sechs Wochen ohne großen Skandal geschafft und das Studierendenparlament wählte am 03. Juni 2003 mit Stephan



pierte diese kurzerhand auf unterschiedlich gefärbtem Papier und voilà: Die Abweichler waren identifiziert! Das der StuPa-Präsident dann allerdings gegenüber ADF und RCDS erklärte, er wisse, um wen es sich bei den Abweichlern handele und auch erläuterte, wie er

Giese (Juso-HSG) einen Vertreter der Opposition zum Nachfolger Zigenhorns. Allgemein wurde nun zu recht angenommen, dass ein derartig undemokratisches, manipulatives Verhalten, nachdem aufgedeckt, das Ende einer jeden

Seite 4 ■ Wahlmanipulation und Untersuchungsausschuss

hochschulpolitischen Karriere bedeuten müsse. Die Übernahme eines wichtigen Amtes, wie eine ReferentInnen-Stelle im AStA oder die Mitgliedschaft im StuPa-Präsidium, sollten ausgeschlossen sein.

Doch es gibt ja noch andere Möglichkeiten. So kann der AStA neben ReferentInnen und SachbearbeiterInnen, die sozusagen festangestellt sind, auch "freie Projektbearbeiter und Projektleiter" beschäftigen. Macht sich zwar nicht ganz so gut im Lebenslauf, wie ein offizieller Posten, aber immerhin hat die AStA-tragende Koalition so die Möglichkeit, ihre Gruppenmitglieder in bezahlte Stellen zu bringen. Als solcher kümmerte sich Zigenhorn denn nun um die AStA-Computer und deren Wartung. Der nächste Eklat ließ nicht lange auf sich warten. Plötzlich standen Vorwürfe im Raum, Christian habe vermehrt AStA-Mitarbeiter bedrängt, ihm Zugang zu ihren persönlichen E-mail-Accounts zu gewähren. Folgen: Keine.

■ Apocalypse Now

Als es dann im Februar diesen Jahres wieder einmal darum ging, einen AStA für die kommende Legislaturperiode ins Rennen zu schicken, der neueste Schock: Die ADF nominierte Christian Zigenhorn als Finanzreferenten! Die zunächst bei den Mitgliedern der linken wie rechten Opposition ausgelöste Ungläubigkeit wandelte sich schnell in Empörung. Das Finanzreferat gehört zu den einflussreichsten Stellen innerhalb der studentischen Selbstverwaltung. Es kümmert sich um den Haushalt, entscheidet über die Vergabe von Projektmitteln,

koordiniert die Zusammenarbeit des AStA mit der Universitätsverwaltung und ist auch für kulturelle Aufgaben zuständig. Ob dieser Schritt in allgemeinem Personalmangel begründet lag, oder ob man in der ADF einfach glaubt, eine 'kleine Wahlmanipulation' müsse ja nicht gleich das politische Aus bedeuten, ist unbekannt. Um so klarer ist jedoch die Kampfansage an all jene, die sich ein Minimum an Parlamentarismus- und Demokratieverständnis bewahrt haben.

■ Von den Großen lernen

Und diese Ansage verklang nicht ungehört. Nachdem Christian Zigenhorn am 23. Februar 2006 entgegen geringer Widerstände im eigenen Lager im zweiten Wahlgang in sein neues Amt gewählt wurde, beantragten die Juso-HSG, die LHG (Liberale Hochschulgruppe) und die GHG (Grüne Hochschulgruppe), gemeinschaftlich und mit der Unterstützung der gesamten Opposition die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen. Diese sollen die Vorwürfe gegenüber dem damaligen AStA und Christian Zigenhorn aufklären. Doch das passte der ADF und dem RCDS natürlich gar nicht. Und so wurde erst einmal versucht, die Einrichtung von U-Ausschüssen im Vorfeld abzublocken. Es wurde so einiges ins Feld geführt. Angefangen bei kleineren formalen Mängeln am Antragstext, bis hin zu der dreisten Behauptung, es handele sich nicht um "für die Studierendenschaft wesentliche und konkrete Sachverhalte und Verfehlungen, die den Allgemeinen Studierendenaus-

schuss, [...] Amtsinhaber oder Organe betreffen", was laut Organisationsatzung der Studierendenschaft die notwendige Grundlage zu Einrichtung von U-Ausschüssen ist.

Doch vergebens: Die gesamte Opposition jeglicher Couleur unterstützte den Antrag, die Ausschüsse wurden einberufen.

■ Angst vor der Wahrheit?

Doch warum all diese Bestrebungen, nur um die Bildung eines Ausschusses zu verhindern, dessen einzige Rechte und Aufgaben darin bestehen, die Wahrheit ans Licht zu bringen?

Eine Stellungnahme des AStA-Vorsitzenden André Dorenbusch (ADF), bezeichnet die U-Ausschüsse als "aus Bierlaunen heraus entstandene Phantome" und befürchtet, dass der "AStA und die ihn tragende Koalition durch solcherlei Kampagnen diskreditiert" werden könnte. Hier ist die Angst, man könne Teile der ohnehin schon geringen Reputation einbüßen, ganz offensichtlich größer als das Interesse an der Wahrheit, größer als der Respekt vor dem Post- und dem Wahlgeheimnis. Doch glücklicherweise denken nicht alle so. Und da den 7-köpfigen Ausschüssen auch jeweils 3 ParlamentarierInnen der Opposition angehören, kann wohl verhindert werden, dass die Wahrheit totgeschwiegen wird. Aber welche Wahrheit fürchten Zigenhorn, Dorenbusch und die ADF?

Wir dürfen gespannt sein ...

Die Welt zu Gast bei Freunden...

-Wie die Fußballnation mit Fremdenhass umgeht

Die Welt zu Gast bei Freunden, das ist das Motto der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaften in Deutschland. Wie es aber tatsächlich in Punkto Welt-offenheit und friedlichen Miteinander in Deutschland aussieht, konnte man erst wieder vor kurzer Zeit an einem Bahnhof in Potsdam beobachten. Dort wurde ein Deutscher äthiopischer Herkunft offenbar auf Grund seiner Hautfarbe von mehreren Angreifern so schwer verletzt, dass er immer noch in Lebensgefahr schwebt. Kein Einzelfall in Deutschland, aber dieses Mal wurde auch die Presse auf die Geschehnisse aufmerksam, einerseits, weil sich hier ein rassistischer Hintergrund kaum mehr von der Hand weisen ließ, andererseits, weil in gut zwei Monaten die Fußball-WM beginnen wird und sich im Gastgeberland lieber derartige Fälle in naher Zukunft nicht wiederholen sollten, um das sorgfältig aufgebaute Image nicht zu gefährden.

■ Trauriger Alltag

Dabei sind Geschehnisse wie in Potsdam in Deutschland trauriger Alltag geworden. Rechtsradikal motivierte Straftaten gegen MigrantInnen, Alternative Jugendliche und vermeintlich "Linke" sind überall in Deutschland an der Tagesordnung. Seit der Wende fanden hier weit über hundert Menschen durch rassistisch motivierte Angriffe den Tod. Und die rechte Szene breitet sich weiter aus, getragen durch die NPD und durch rechtsradikale Kameradschaften, die mittler-

weile überregional organisiert sind. In weiten Teilen Ostdeutschlands ist rechter Lifestyle mittlerweile die bestimmende Jugendkultur geworden, für Nachwuchs im Lager der Rechten ist also eben-

Ausserdem könne man ja als "blonder, blauäugiger Mensch" ja auch Opfer eines Überfalls werden (Zitat Innenminister Schäuble).

Nach der Niederlage am 29. Oktober 2005 wollen NPD und



falls gesorgt. Etwas anderes, als immer wieder die DDR-Diktatur mit ihren Reisebeschränkungen für die besondere Deutlichkeit der Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland verantwortlich zu machen, fällt konservativen Politikern allerdings nicht dazu ein. Mit der sich immer weiter verschlechternden sozialen Situation weiter Teile der Gesellschaft und dem auch aus der Mitte der Gesellschaft entstehenden Rassismus habe das selbstverständlich nichts zu tun.

Kameradschaften am 13. Mai abermals in Göttingen demonstrieren.

■ Die Rote Frontstadt

Die "rote Frontstadt" Göttingen soll nun endlich gestürmt werden. Was so martialisch anmutet, hat allerdings einen durchaus wahren Hintergrund. In der Vergangenheit war es für Neonazis nie möglich, in Göttingen den politischen Fuß in die Türe zu stellen. Das lag einerseits an der großen und

■ Höhere Steuern sind unumgänglich

„Wir begrüßen den Vorstoß von Kurt Beck, perspektivisch die Handlungsfähigkeit des Staates auch über eine höhere Steuerquote wieder herzustellen, ausdrücklich. Gleichwohl muss es für die SPD in den kommenden Monaten darum gehen, diesen Vorschlag zu konkretisieren. Maßstab hierfür muss die Wiederherstellung eines handlungsfähigen Staates sowie die Realisierung von Verteilungsgerechtigkeit sein“, so Sascha Vogt, Mitglied im Bundesvorstand der Juso-HSG

„Der Steuerdumping-Wettlauf der vergangenen Jahre hat die öffentlichen Kassen nachweislich schwer belastet, so Vogt weiter. „Deutschland ist im europäischen Vergleich aber ein absolutes Niedrigsteuerland. Vorschläge etwa aus der Union und der FDP, die Steuern weiter zu senken, wären der Ruin für die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen und sind damit nichts anderes als Vorschläge, sämtliche Lebenschancen und –risiken zu privatisieren. Wir wollen dagegen einen handlungsfähigen und sozialen Staat, der den notwendigen gesellschaftlichen Ausgleich organisiert. Das wird ohne eine Erhöhung der Steuerquote nicht möglich sein. In den kommenden Monaten müssen Vorschläge für eine sinnvolle Neuordnung erarbeitet werden. Dabei wird man aus unserer Sicht an einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer sowie der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer nicht vorbei kommen.“

wehrhaften linken Szene, andererseits aber auch an den breit getragenen Bündnissen aus verschiedensten Gruppen, die mit kontinuierlicher Arbeit und viel Engagement die Rechten auf Distanz hielten.

■ Auf Versöhnung

Nun kommen sie wieder, und ein Versöhnungsmarsch soll es werden, denn NPD- und Kameradschaftskader waren nach der letzten Demonstration hier über das weitere Vorgehen in Streit geraten. Die NPD hatte daraufhin nicht linientreuen Kameradschaftskadern das Rederecht auf ihren Demonstrationen entzogen, die Kameradschaften kündigten im Gegenzug die Zusammenarbeit mit der niedersächsischen NPD vorerst auf. Nun will man sich in Göttingen aber wieder zusammenraufen.

Zur Zeit ist der von Adolf Dammann (NPD) und Thorsten Heise (Kameradschaft Northheim) angemeldete Sternmarsch allerdings noch verboten. Das VG Göttingen schloss sich in weiten Teilen der Verbotsbegründung der Stadt Göttingen an. Bei der letzten Demonstration sei selbst mit einem Aufgebot von über 4000 Polizisten die Öffentliche Sicherheit die Öffentliche Sicherheit nicht aufrechtzuerhalten gewesen. Auf Grund der angespannten Lage und der provokanten Ankündigung seitens der Anmelder sei diesmal zu erwarten, dass aus beiden Lagern noch mehr Menschen in die Stadt kommen würden. Der Schutz von unbeteiligten Dritten sei demnach nicht mehr möglich. Fraglich ist jedoch, ob das OVG Lüneburg die Lage genauso beurteilen wird, in der

Vergangenheit hielten derartige Verbote nur selten den Berufungsinstanzen stand. Abgesehen davon haben die Anmelder angekündigt, notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, um die Demonstration durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Demonstration doch noch genehmigt wird, ist somit als relativ hoch einzuschätzen.



GIB NAZIS KEINE CHANCE

■ Mobilisierung läuft

Aber auch die Gegenmobilisierung läuft bereits. Das erfolgreiche, vom DGB getragene Bündnis arbeitet bereits seit längerer Zeit und wird wohl wieder für eine große Gegen demonstration mobilisieren. Wir als Juso-HSG hoffen, dass sich auch wieder möglichst viele Studenten an den vielfältigen Protesten beteiligen werden. Achtet auf Ankündigungen und Info-Veranstaltungen. Und seid am 13. Mai gegen die menschenverachtende Ideologie von NPD und anderen Nazis auf der Straße. Wir sehen uns hoffentlich da. Fußball schauen kann man auch wann anders...

Aufgemerkt! Aktuelles aus der Uni

■ Schließung

Der Intensivstudiengang Schulpädagogik und Didaktik läuft im nächsten Jahr aus. Alle Studierende dieses Faches können ihr Studium bis Sommer 2007 noch zu Ende studieren. Bewerber und Bewerberinnen dieses Studiengangs werden künftig auf den Studiengang Lehramt verwiesen.

■ Auswahlgespräche

Der Stiftungsrat der Universität setzt sich vehement für Auswahlgespräche für den Übergang zum Master ein. So soll es 15 bis 30 minütige Auswahlgespräche geben, die verschiedene Auswahlkommissionen (besetzt mit Profs) durchführen sollen. Unklar ist noch wie mit ausländischen Studierenden in dieser Hinsicht verfahren werden soll. Die Juso-Hochschulgruppe hat sich in der Vergangenheit vermehrt gegen die soziale Selektion dieser bürokratischen Auswahlverfahren ausgesprochen und fordert den Stiftungsrat auf diese Pläne umgehend einzustellen.

Bildung muss für alle zugänglich gemacht werden.

■ Wichtiges Abitur

Die neuen Zulassungsordnungen sehen eine Gewichtung der Abiturfächer für die verschiedenen Studiengänge vor. So soll das Abschneiden in bestimmten Schulfächern ausschlaggebend für die Zulassung zu einem Studienfach werden. Bisher gab es allerdings noch keine Empfehlung der Universität Göttingen an die Schüler und Schülerinnen der 5ten Klasse sich in Mathe mehr anzustrengen ...

■ Mahlzeit!

Die Lehrveranstaltungen werden ab dem kommenden Wintersemester immer um 8:15 Uhr, 10:15 Uhr oder 14:15 Uhr stattfinden. Der Grund hierfür ist die lästige Mittagspause, die nicht so recht in das Legobausteinsystem der Bachelor- und Masterstudiengänge passen will. Motto: "Gegessen wird zu Hause".

■ Auswahlgespräche

Die Fakultäten werden künftig ein Teil der Niedersächsischen Universitäts- und Staatsbibliothek finanzieren müssen. Die Summe beläuft sich auf 900.000 Euro (Grund: Hohe Energiekosten). Zudem ist die WISO-Bibliothek in ihrer Existenz bedroht, da sie im Zuge dieser "Umstrukturierung" in die SUB verlegt werden soll. Hieran zeigen sich die verbesserten Lehrbedingungen, welche die Studierende ab dem kommenden Wintersemester durch die Zahlung von Studiengebühren erwarten können ...

■ Überschneidungen

Bitte meldet euch beim Fachschaftsrat Sowi (Email: fsr-sowi@stud.uni-goettingend.de), wenn sich sozialwissenschaftliche Seminare oder Vorlesungen zeitlich überschneiden, die ihr gern besuchen wollt. Umso eher ihr einen konkreten Fall meldet, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Veranstaltungen noch verlegt werden können. Über die verschiedenen Veranstaltung informiert wie gewohnt das uniweite Volesungsprogramm.

■ KfW-Studienkredit führt zur systematischen Aushöhlung des BAföG

Die Juso-Hochschulgruppen halten die Einführung des Studienkredits der KfW-Förderbank für einen bildungs- und sozialpolitischen Fehler. Die Kredite werden die politisch betriebene Aushöhlung des BAföG verstärken. Damit wird die Privatisierung der Bildungsfinanzierung weiter vorangetrieben.

Wir fordern stattdessen eine staatliche Bildungsfinanzierung, die Chancengleichheit stärkt und nicht die Kinder reicher Eltern bevorzugt.

Der Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren in mehreren Bundesländern ist außerdem offensichtlich. Selbstverständlich werden Studierende die Kredite auch zur Finanzierung der anfallenden Studiengebühren nutzen.

Die Behauptung, dies ausschließen zu können, kann man nur als Lüge bezeichnen. Die Juso-Hochschulgruppen verurteilen insbesondere das Einknicken der SPD. Wer im Wahlkampf gegen Studiengebühren eintritt, der darf einer von Bund und Ländern getragenen Bank nicht erlauben, ein solches Kreditprogramm einzuführen.

Ehrlich geht anders, liebe Genossinnen und Genossen!

weitere Informationen unter: juso-hochschulgruppen.de oder juso-hsg-goettingen.de

Von Italien lernen!

In den letzten Wochen machte der italienische Langzeitministerpräsident Berlusconi mit einem, seit langer Zeit vergessenen, Mittel der parlamentarischen Demokratie von sich reden: Der Wahlprüfung. Dieses Werkzeug beruht auf der Erkenntnis, dass die abgegebenen Stimmen -werden sie nur lange genug gezählt - letztendlich das richtige Ergebnis aufweisen. Ist dieses, in der Tat schlecht dokumentierte, Phänomen vielleicht auch auf unsere alma mater anwendbar? Noch gibt sich die ADF siegesgewiss, dabei ist doch nicht auszuschließen, dass in den bodenlosen Papiercontainern der Uni-

versitätsverwaltung, noch die ein oder andere übergangene Stimme ihr Dasein fristet. Wir, die Juso-HSG, haben es uns nun zur Aufgabe gemacht, den entrechteten, marginalisierten und übergangenen Stimmen unserer KomilitonInnen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Präsident ist informiert, einer Prüfung steht nichts mehr im Wege. Bis zur Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft rechnen wir mit dem Ergebnis. Wir sind zuversichtlich.

Um die Wartezeit auf das freudige Ereignis zu verkürzen gibt es etwas leckeres aus dem Mutterland der Wahlfälschung. Saltim bocca alla romana. Für vier Personen braucht man 4 dünne Kalbsschnitzel, 4 Schei-

ben roher Schinken, 3 EL Olivenöl, 6 EL Marsala, 6 EL Hühnerbrühe, 40 g kalte Butterwürfel. Die Schnitzel vorsichtig klopfen und die Schinkenscheiben ebenso teilen. Das Fleisch beiderseitig ganz wenig salzen und pfeffern, in Mehl wenden und auf jedes Stück ein Salbeiblatt und darauf eine Schinkenscheibe legen, mit Spiesschen festhalten. Die Schnitzel in der Pfanne in heißem Öl goldbraun braten. Auf eine vorgewärmte Platte legen und warm halten. Den Bratfond mit der Brühe loskochen, Marsala zugießen und die kalte Butter einschwenken. Abschmecken. Schnitzelchen mit der heißen Sauce beträufelt servieren.

Euer proletarischer Siebeck

RAUS

**13. Mai 2006 - Es bleibt dabei:
Göttingen zeigt Gesicht
- gegen NPD und andere Nazis**

**Demonstration: 11.00 Uhr Platz der Synagoge
Kundgebung: gegen 12.00 Uhr Marktplatz**



Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Sitzungssaal des AstA, Goßlerstraße 16a, Obergeschoss. Kontakt über Matthias (Tel. 0162/2746464) oder e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de

V.i.S.d.P: Rasmus Kahlen